

Kurzbericht zur Sitzung des Gemeinderates vom 20.09.2017 in Dotternhausen

Tagesordnungspunkt 1: Bürgerfragestunde

Es wurden Fragen zu den künftigen Bauflächen und zum Briefkasten des Rathauses gestellt.

Tagesordnungspunkt 2: Verlängerung Pachtvertrag Pfadfinderhütte

Der Gemeinderat hat beschlossen, den Pachtvertrag über die Pfadfinderhütte mit dem Freundeskreis VCP Rosenfeld e.V. um 7 Jahre bis zum 31.12.2024 zu verlängern und stimmte einer grundlegenden Dachsanierung durch den Pächter zu.

Tagesordnungspunkt 3: Vergaben

Tagesordnungspunkt 3.1: Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen Schlossbergschule, 2. BA, Vergaben

Die Bürgermeisterin erklärte, dass die Vergabesumme mit rund 100.000 € über der Kostenschätzung liegt. Sie erinnerte daran, dass bei der Festlegung des 2. Bauabschnitts im März 2017 zusätzliche Maßnahmen wie z.B. der Fassadenanstrich des Aulagebäudes, der Austausch der Beleuchtung in allen Räumen, weitere Akustikmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 106.000 € aufgenommen wurden. Der 2. Bauabschnitt liege nun bei 1.336.343,84 € und damit rund 36.000 € über dem Haushaltsplanansatz. Die Gesamtkosten für die Sanierung (1. und 2. BA) betragen nun 2.397.492,97 €. Damit werde der vom Gemeinderat festgelegte Kostendeckel mit 2,3 Mio. € überschritten.

Das Gremium war sich einig, dass die Sanierung samt den zusätzlichen Maßnahmen dennoch wie beschlossen durchgeführt wird. So stimmte der Gemeinderat der Überschreitung des Kostendeckels um rund 100.000 € zu und genehmigte die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 36.500 €.

Nach Erläuterung der Vergabevorschläge durch Herrn Architekt Luippold beschloss der Gemeinderat die Vergabe der Gewerke an den jeweils günstigsten Bieter:

Rohbau und Außenanlagen	K & J Hahn, Albstadt	195.268,89 €
Gebäudeabbruch	Heinrich Teufel GmbH, Straßberg	133.650,09 €
Zimmerer	Dieringer Holzbau, Rangendingen	45.534,13 €
Fliesen	Von Au-Gehring Fliesen GmbH, Nürtingen	17.492,70 €
Flachdachabdichtung	Schmidt Bauwerktechnik, Dotternhausen	25.961,72 €
Estrich	AEP Estrich, Ingersheim	12.671,36 €
Gerüst	TT-Gerüstbau, Heiligenzimmern	9.896,52 €
Klempner	T+ H Ackermann GmbH Metalldachbau, Nürtingen	21.006,48 €
Schlosser	Stema GmbH, Althengstett	24.749,62 €
Heizungsinstallation	Heima Welte, Balingen	51.762,73 €
Sanitärinstallation	Stier GmbH, Balingen	88.818,20 €
Elektrotechnik	Elektro Piske GmbH, Albstadt	99.255,13 €

Tagesordnungspunkt 4: Kindergartenbedarfsplanung 2017

Die Bürgermeisterin stellte die Kindergartenbedarfsplanung für das Jahr 2017 getrennt nach Kindergarten und Krippe vor. Im Krippenbereich wurde eine Umfrage bei den betroffenen Familien durchgeführt. Hieraus ergibt sich, dass die 10 vorhandenen Plätze bereits im Oktober 2017 voll sind und ab Januar nicht mehr ausreichen.

Die Verwaltung hat zusammen mit der Kindergartenleitung ein Konzept erarbeitet, wie der Bedarf auch künftig gedeckt werden kann. Das Konzept wurde auch mit der Elternbeiratsvorsitzenden besprochen und sieht folgendermaßen aus:

Die Krippenkinder wechseln bereits mit 2 Jahren und 9 Monaten in den Kindergarten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass dies sowohl für die Kinder als auch für die Gruppen recht unproblematisch ist. Um die Situation in der Krippe zu entspannen, wird eine Regelgruppe für Kinder ab 2 Jahren geöffnet (altersgemischte Gruppe). Je nach Einzelfall könnten Kinder dann entweder früher von der Krippe in den Kindergarten wechseln oder wenn Sie bereits 2 Jahre bei der Erstanmeldung sind, gleich in den Kindergarten gehen. Die zusätzliche Flexibilität ermöglicht es zudem, auf einen kurzfristigen Bedarf zu reagieren. Da bei Vollauslastung das Krippenpersonal bereits heute Unterstützung aus dem Kindergarten benötigt, wäre eine Personalaufstockung um 25 % einer Vollzeitstelle wünschenswert.

Diesem Vorschlag folgte der Gemeinderat und beschloss die Umwandlung einer Regelgruppe in eine altersgemischte Gruppe. Für die Betreuung eines unter 3-jährigen Kindes in der altersgemischten Gruppe wird der doppelte Beitrag für eine Regelgruppe erhoben, da ein Kleinkind 2 Kindergartenplätze belegt.

Weiterhin entschied der Gemeinderat, dass das Personal um 25 % einer Vollzeitstelle aufgestockt und die Freistellung der Kindergartenleitung von bisher 25 % auf 50 % erhöht wird. Insgesamt wurde also eine Halbtagesstelle zusätzlich eingerichtet.

Die Bürgermeisterin informierte anschließend das Gremium über eine Umfrage über die Zufriedenheit der Familien durch den Elternbeirat. Für diese umfangreiche und wertvolle Arbeit dankte sie der Elternbeiratsvorsitzenden Frau Herth. Die professionelle Auswertung erlaube einen sehr guten Einblick in die Nutzungs- und Bedarfsstruktur. Die Umfrage zeige, dass die Zufriedenheit insgesamt sehr hoch ist und derzeit kein Handlungsbedarf besteht.

Schließlich gab die Bürgermeisterin noch bekannt, dass die Krippen und Kindergartenbeiträge entsprechend den Empfehlungen der Landesverbände und der Kirchen zeitverzögert zum 1.01.2018 angepasst werden. Im Jahr 2017 erfolgte keine Erhöhung der Beiträge.

Tagesordnungspunkt 5: Bausachen

Tagesordnungspunkt 5.1: Neubau Einfamilienhaus mit Doppelgarage, Billentalstr. 15

Der Gemeinderat erteilte das gemeindliche Einvernehmen zum Neubau des Einfamilienhauses mit Doppelgarage in der Billentalstraße 15.

Tagesordnungspunkt 5.2: Bauvoranfrage, Neubau Einfamilienhaus und Gewerbegebäude, Kirchstr. 20-22

Der Bauvoranfrage auf Neubau eines Einfamilienhauses und Gewerbegebäude (Dentallabor) in der Kirchstraße 20-22 wurde grundsätzlich zugestimmt. Das gemeindliche Einvernehmen zur Art der baulichen Nutzung als Wohnhaus und Gewer-

begebäude, sowie der Stellung und Größe der baulichen Anlagen wurde erteilt. Auch den geplanten Dachformen (flach geneigtes Satteldach und Walmdach) wurde zugestimmt.

Hinsichtlich der Gestaltung des Wohnhauses besteht jedoch noch Abstimmungsbedarf mit der Gemeinde.

Tagesordnungspunkt 5.3: Einbau einer Dachgaube in bestehendes Wohnhaus, Alleenstr. 21

Die geplante Dachgaube an dem Wohnhaus in der Alleenstraße 21 ist nach den Vorschriften des Bebauungsplanes „Steinacker II“ nicht genehmigungsfähig. Der Gemeinderat versagte daher das gemeindliche Einvernehmen.

Die Verwaltung wurde beauftragt, die Änderung des Bebauungsplanes „Steinacker II“ und ggfs. anderen vorzubereiten. Mit der Änderung sollen die Regelungen zu Dachaufbauten überarbeitet und an moderne Wohnverhältnisse angepasst werden.

Tagesordnungspunkt 6: Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2016

Der Gemeinderat stellte den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2016 fest.

Der Verwaltungshaushalt schließt um rund 1 Mio. € besser ab als geplant. Die maßgeblichsten Abweichungen waren, Gewerbesteuerermehreinnahmen mit rund 590.000 € und Mehrerlöse im Forst mit rund 84.000 €. Der Verwaltungshaushalt konnte eine Zuführung an den Vermögenshaushalt mit 515.956 € erwirtschaften. Im Plan war vorgesehen, dass 538.681 € vom Vermögenshaushalt zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes erforderlich sind.

Aufgrund der veränderten Zuführung schließt auch der Vermögenshaushalt um rund 1 Mio. € besser ab. Die Mindereinnahme von 230.000 € durch den geringer bewilligten Zuschuss zur Sanierung der Schule konnte durch Mehreinnahmen beim Grundstücksverkauf und Minderausgaben z.B. beim 2. Bauabschnitt Großer Acker aufgefangen werden.

Schließlich konnte die geplante Rücklagenentnahme von 1.283.846 € auf 271.692,89 € reduziert werden.

Der Stand der allgemeinen Rücklage beträgt nach Abschluss des Rechnungsjahres 2016: 2.934.531,33 €. Der Schuldenstand liegt bei 928.901,82 €, dies entspricht 495,41 €. Noch nicht berücksichtigt ist die geplante Kreditaufnahme für den 2. Bauabschnitt der Schulsanierung mit 500.000 €.

Tagesordnungspunkt 7: Jahresabschluss Eigenbetrieb Nahwärmeversorgung 2016

Der Jahresabschluss Eigenbetrieb Nahwärmeversorgung 2016 wurde vom Gemeinderat festgestellt.

Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Jahresverlust in Höhe von 26.648,26 €. Im Plan war ein Verlust von 35.660 € vorgesehen. Die Einnahmen aus dem Wärmeverkauf lagen bei 317.864,98 €. Die Ausgaben für den Wärmebezug betragen 119.265,48 €. Der Wärmebedarf musste aufgrund von umfangreichen Umbaumaßnahmen und eines größeren Schadensfalls beim Biomassekraftwerk im Jahr 2016 zum Großteil durch den Redundanz-Ölkessel gedeckt werden. Die Maßnahmen sind zwischenzeitlich abgeschlossen.

Die Abschreibungen lagen planmäßig bei 135.204,10 €. Der Wert der Sachanlagen nahm um 35.660 € ab und beträgt 3.002.060 €.

Das Eigenkapital beträgt auch aufgrund der aufgelaufenen Verlustvorträge - 174.693,67 €. Die Ausweisung eines negativen Eigenkapitals ist zulässig. Die Zinszahlungen an die Gemeinde für die Kredite stellen jedoch eine verdeckte Gewinnausschüttung dar, weshalb der Gemeinderat in 2017 die Umwandlung der Kredite in Eigenkapital beschlossen hat.

Für das Jahr 2017 wird ein deutlich besseres Ergebnis als im Plan vorgesehen erwartet. So konnte im 1. Halbjahr wiederum 86 % des Wärmebedarfs durch Überschusswärme gedeckt werden, was die Wärmebezugskosten senkt. Durch den Anschluss von 3 weiteren Gewerbebetrieben wird zudem ein höherer Wärmeverkauf erwartet. Insgesamt wird der planmäßige Verlust von 23.100 € voraussichtlich nicht erreicht. In den 3 Folgejahren wird noch mit Verlusten gerechnet, bevor durch geringe Überschüsse die aufgelaufenen Verluste abgedeckt werden können.

Tagesordnungspunkt 8: Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Die Bürgermeisterin gab bekannt, dass der Gemeinderat in der letzten nichtöffentlichen Sitzung das Vermächtnis von Herrn Arthur Eppler mit rund 800.000 € angenommen hat. Zwischenzeitlich ist zudem geklärt, dass keine Erbschaftssteuer anfällt.

Sie gab weiter bekannt, dass Frau Tanja Vogt als Verwaltungskraft und Frau Nicole Hafenmayr als Reinigungskraft eingestellt wurden.

Tagesordnungspunkt 9: Bekanntgaben und Verschiedenes

Die Bürgermeisterin berichtet, dass am 12.09.17 ein Bürgerbegehren bei der Gemeinde eingereicht wurde. Derzeit laufe die Prüfung der Zulässigkeit.

Sie berichtete weiter, dass in der letzten Abwasserzweckverbandssitzung eine Schmutzfrachtberechnung für das Einzugsgebiet der Kläranlage vorgestellt wurde. Die Berechnung komme zu dem Ergebnis, dass in Dotternhausen ein Retentionsfilterbecken mit einem Volumen von 2.900 m² gebaut werden muss. Dies würde für die Gemeinde eine Investition von rund 1,8 Mio. € bedeuten. Die Berechnung wurde zwischenzeitlich der Gemeinde vorgelegt. Nach Ansicht der Verwaltung sind hier verschiedene Annahmen zu berichtigen. Weiterhin müsse noch geprüft werden, ob der Zulauf zur Kläranlage erhöht werden kann. Die Gespräche mit dem Fachbüro werden im September geführt.

Anschließend informierte sie das Gremium, dass die Kosten für das Essen der Schulmensa um 0,10 € auf 3,60 € erhöht wurden. Im Wege einer Eilentscheidung habe die Bürgermeisterin entschieden, dass die Erhöhung nicht an die Kinder weitergegeben sondern von der Gemeinde getragen werden. Die jährlichen Mehrkosten belaufen sich auf 192 €.

Die Bürgermeisterin gab noch bekannt, dass bei der Ausschreibung über die Kompakt.net ein Betreiber für das Glasfasernetz in den Gewerbegebieten gefunden wurde. Demnächst werde der Betreiber bekannt gegeben.

Sie informierte über Bebauungspläne in Balingen und Schömberg, die die Gemeinde in ihren Planungen nicht betreffen.

Weitere Themen waren die Mediation mit der Bürgerinitiative, Messungen der LUBW, Verkehrsangelegenheiten, der Endausbau Brühl-Kreuzwiesen und der Friedhof.